

Bundesversammlung

Assemblée fédérale

Assemblea federale

Assamblea federala



Ergänzung zur Tagesordnung
Complément à l'ordre du jour
Complemento all'ordine del giorno

Nationalrat / Conseil national / Consiglio nazionale

Frühjahrssession 2026

Session de printemps 2026

Sessione primaverile 2026

Stand / état / stato: 13.03.2026

Fragestunde vom 16.03.2026 (Art. 31 des Geschäftsreglementes des Nationalrates)

Heure des questions du 16.03.2026 (Art. 31 du Règlement du Conseil national)

Ora delle domande 16.03.2026 (Art. 31 del Regolamento del Consiglio nazionale)

Nr.	Geschäftstitel	Eingereichter Text
No.	Titre de l'objet	Texte déposé
n.	Titolo dell'oggetto	Testo depositato

Departement des Innern

26.7150	DE FR IT	Fra. Bulliard. Begleitende Sensibilisierungsmassnahmen zur gewaltfreien Erziehung	In seiner Botschaft zur Verankerung der gewaltfreien Erziehung im Zivilgesetzbuch unterstrich der Bundesrat die Wichtigkeit begleitender Sensibilisierungsmassnahmen, an welchen sich der Bund beteiligen werde. Nach dem Entscheid des Parlaments auf Basis dieser Botschaft will er plötzlich und trotz des Leitbildcharakters des neuen Artikels und den tiefen Kosten von rund 2 Millionen Franken darauf verzichten. Wie erklärt der Bundesrat diesen Rückzieher?
26.7158	DE FR IT	Fra. Aeschi. Inkorrekter und irreführender Bericht der Bundesverwaltung über die durch Ausländer verursachten Gesundheitskosten	Der BFS-Bericht vom 30. Juni 2025 über die durch Ausländer verursachten Gesundheitskosten (Motion 24.3470) wurde von Infosperber scharf kritisiert («Irreführende Schlagzeile»).

26.7159	DE FR IT	Fra. Aeschi. Die obligatorischen Lohnabzüge steigen immer weiter – zuletzt mit dem UKiBeG (21.403), der AHV-Finanzierung (24.073) und der IV-Finanzierung (Bundesratskommunikation vom 11. Februar 2026): Teilt der Bundesrat die Meinung, dass es eine Obergrenze für die Lohn-Zwangsabgaben braucht?	Bereits heute betragen die Lohn-Zwangsabgaben für Sozialversicherungen 12,8% (AHV 8,7%, IV 1,4%, EO 0,5%, ALV 2,2%). Hinzu kommen Pensionskassenabzüge (7% für 25-34 J., 10% für 35-44 J., 15% für 45-54 J. und 18% für 55-65 J.), Beiträge an die Familienausgleichskassen, FAK (0,8 - 3,8%), Berufsunfallversicherung (ca. 0,58%), Nichtberufsunfallversicherung (ca. 1,06%) und Lohnabzüge für Mutterschaft (GE, NE, TI und VD). Wo sieht der Bundesrat die Obergrenze für die Lohn-Zwangsabgaben?
26.7163	DE FR IT	Fra. Sormanni. Renten der Invalidenversicherung (IV) und Personen mit Schutzstatus S	- Wie viele Personen mit Schutzstatus S beziehen derzeit eine IV-Rente? - Wie viele IV-Gesuche wurden seit 2022 von Personen mit Schutzstatus S eingereicht? - Wie hoch sind derzeit die jährlichen IV-Kosten für Personen mit Schutzstatus S? - Kann eine Person mit Schutzstatus S eine IV-Rente beziehen, auch wenn sie nie in der Schweiz Beiträge gezahlt hat? - Wenn eine IV-Rente zugesprochen wird und die Person die Schweiz verlässt, wird die Rente zum Zeitpunkt der Ausreise aufgehoben?
26.7166	DE FR IT	Fra. Chappuis. Hochansteckende Tierseuchen: Entschädigung für wirtschaftliche Verluste im Zusammenhang mit Präventionsmassnahmen	In seiner Antwort auf die Frage 26.7118 weist der Bundesrat darauf hin, dass Einkommensausfälle im Zusammenhang mit Präventionsmassnahmen gegen Tierseuchen mangels gesetzlicher Grundlage nicht entschädigt werden können, und verweist auf die Revision des Tierseuchengesetzes. Hat der Bundesrat vor, eine Rechtsgrundlage einzuführen zur Entschädigung wirtschaftlicher Verluste, die wegen behördlich angeordneter Präventionsmassnahmen gegen hochansteckende Tierseuchen entstehen, um so die Wirksamkeit der Massnahmen zu gewährleisten und der Lebensmittelsicherheit Rechnung zu tragen?
26.7168	DE FR IT	Fra. Bläsi Thomas. Mehr Zeit im Antragsverfahren zur Tarifstruktur	Nach der Publikation des Tarifentwurfs für das Folgejahr haben die medizinischen Fachgesellschaften lediglich fünf Wochen Zeit, um ihre Änderungsanträge zur Tarifversion des übernächsten Jahres einzureichen. Diese Frist ist zu kurz für eingehende Analysen. - Warum wird keine längere Frist gewährt? - Wie gewährleistet der Bundesrat kurzfristig, dass im Verfahren zur Tarifversion 2028 (Frist: 31. März 2026) ausreichend Zeit zur Verfügung steht?
26.7170	DE FR IT	Fra. Crottaz. Welche Folgemassnahmen ergreift der Bundesrat nach seinem Beitritt zur «Alliance for Transformative Action on Climate and Health (Atach)»?	Anlässlich des G20-Gipfels 2024 in Rio de Janeiro gab die Schweiz ihren Beitritt zur Atach bekannt, einer Initiative der Weltgesundheitsorganisation zur Unterstützung der Dekarbonisierung der Gesundheitssysteme und ihrer Anpassung an die Auswirkungen des Klimawandels. - Welche konkreten Verpflichtungen ist die Schweiz in diesem Zusammenhang eingegangen? - Plant der Bundesrat eine Roadmap, um den ökologischen Fussabdruck des Schweizer Gesundheitssystems zu verringern und dessen Widerstandsfähigkeit gegenüber klimabedingten Gesundheitsrisiken zu stärken?
26.7173	DE FR IT	Fra. Graber. Ausländische Assistenz- und Fachärzte	In Schweizer Spitälern arbeiten immer mehr ausländische Assistenz- und Fachärzte. Wie genau ist das tatsächliche Verhältnis zwischen Schweizer und ausländischen Ärztinnen und Ärzten, insbesondere bei den Assistenz- und Fachärzten?

26.7174	DE FR IT	Fra. Graber. Fachärzteausbildung	Welchen Einfluss haben die hohen theoretischen Anforderungen bei den Schweizer Facharztprüfungen – insbesondere Prüfungen in Englischer Sprache – und die damit verbundenen hohen Durchfallsquoten im Vergleich zu den bedeutend tieferen Anforderungen im Ausland?
26.7176	DE FR IT	Fra. Romy. Kryokonservierung für Personen mit genetisch bedingtem Fertilitätsverlust	Im KLV Anhang 1 ist definiert, in welchem Rahmen die OKP die Kosten für Massnahmen zur Erhaltung der Fertilität bei Personen, die fertilitätsbeeinträchtigende Therapien erhalten, übernimmt. Ist dem Bundesrat bekannt, dass bei genetisch bedingtem frühzeitigem Verlust der Fertilität (z.B. Ullrich-Turner-Syndrom) hingegen trotz medizinischer Indikation keine Vergütung durch die OKP für die Kryokonservierung erfolgt? Ist der Bundesrat bereit, in diesem Bereich Anpassungen in der KLV vorzunehmen?
26.7179	DE FR IT	Fra. Flach. PFAS in Fischen: Wachsende Verunsicherung bei Konsumenten, Gastronomie und Fischern – hat der Bundesrat den Überblick?	Zuerst durften Fische aus dem Zugersee wegen zu hoher PFAS-Belastung nicht mehr verkauft werden, jetzt sind auch Fische aus dem Hallwilersee betroffen. In letzter Zeit häufen sich Meldungen zu Grenzwertüberschreitungen bei PFAS in Fischen, Fangverboten oder Empfehlungen zum Fischkonsum. - Hat der Bundesrat den Überblick, wo Verbote und einschränkende Empfehlungen für den Fischkonsum gelten? - Weiss er, in welchen Kantonen Abklärungen laufen, und weitere Verbote drohen? - Wenn ja, wo? - Wenn nein, warum?
26.7180	DE FR IT	Fra. Romy. Kostenübernahme für Endometriose-Speicheltest	Mindestens jede zehnte Frau ist von Endometriose betroffen, doch die Diagnose erfolgt oft erst nach Jahren. Ein Speicheltest könnte früher Klarheit schaffen, kostet jedoch über 800 Franken und wird nicht vergütet. Wie beurteilt der Bundesrat diese Situation und sieht er Handlungsbedarf bei der Kostenübernahme?
26.7181	DE FR IT	Fra. Romy. Evidenz und Evaluation neuer Endometriose-Diagnostik	In Frankreich läuft derzeit eine grosse Studie zur Wirksamkeit eines Speicheltests zur Endometriose-Diagnostik. Plant der Bundesrat eine wissenschaftliche Evaluation solcher Tests in der Schweiz, um über eine mögliche Aufnahme in den Leistungskatalog zu entscheiden?
26.7187	DE FR IT	Fra. Meier Andreas. TPF-Mittel stärker für Jugendförderung einsetzen	Der Tabakpräventionsfonds (TPF) verfügt jährlich über rund 12 Mio. Franken aus Abgaben auf Tabakprodukte. Gleichzeitig wird seine Wirkung teilweise als begrenzt kritisiert. Wäre der Bundesrat bereit zu prüfen, ob ein Teil dieser Mittel stärker in wirksame Jugendförderung – etwa in Programme von Jugend+Sport oder kulturelle Angebote für Jugendliche – investiert werden sollte?

26.7190	DE FR IT	Fra. Wyss. Fehlanreize bei der Pauschale schaden Patientinnen und Patienten	Die Einführung amb. Fallpauschalen seit Anfang Jahr setzt auch Fehlanreize. So wurde bekannt, dass bspw. Krebspatienten an 2 unterschiedlichen Tagen für Untersuchungen einbestellt wurden, die bisher an einem Tag vorgenommen wurden. Ausserdem sollen medizinisch überholte Instrumente oder Verfahren eingesetzt werden, etwa in der Gynäkologie. - Was unternimmt der Bundesrat, um solche Fehlanreize rasch zu beseitigen? - Könnten Anpassungen problematischer Pauschalen durch die OAAT prioritär behandelt werden?
26.7193	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Schutz der öffentlichen Gesundheit vor Labor-Pathogenen im Rahmen von PABS («Pathogen Access and Benefit Sharing»)	Wie stellt der Bundesrat den Schutz der öffentlichen Gesundheit vor Pathogenen aus Laboren sicher, insbesondere im Rahmen der zu erwartenden Regelung gemäss Art. 12 des Pandemievertrags bzw. dem zugehörigen PABS-Annex, vor dem Hintergrund, dass das PABS-System keine neuen Sicherheitsvorschriften in Bezug auf Gain-of-Function-Forschung vorsieht und der Laborursprung der Covid-19-Pandemie zunehmend als mögliche Ursache diskutiert wird?
26.7198	DE FR IT	Fra. Feller. Den Bundeshaushalt vorübergehend entlasten, ohne bei den Leistungen der AHV Abstriche zu machen	Artikel 103 des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung besagt, dass der Bund jährlich einen Beitrag von 20,2 Prozent der Ausgaben der AHV leistet. Angesichts der derzeit angespannten Lage der Bundesfinanzen und im Wissen darum, dass der AHV-Ausgleichsfonds über 44,6 Milliarden Franken verfügt, stellt sich die Frage, ob ein Teil des Bundesbeitrags für einen begrenzten Zeitraum aus dem AHV-Ausgleichsfonds finanziert werden könnte (z. B. während fünf Jahren jährlich 200 Millionen Franken, was 2,24 Prozent des Fondsvermögens entsprechen würde).
26.7199	DE FR IT	Fra. Kälin. PFAS: Wie sicher ist Fisch aus Schweizer Seen noch?	Wegen der hohen PFAS-Belastung können Fische aus dem Zugersee nicht mehr gegessen werden. Nun ist auch der Hallwilersee betroffen. In diversen Kantonen laufen Untersuchungen zur PFAS-Belastung von Umwelt und Nahrungsmitteln. EAWAG-ExpertInnen warnen, dass künftig auch in anderen Seen Fangverbote ausgesprochen werden könnten. Wie lauten die Prognosen des Bundesrates? Was bedeutet diese Entwicklung für die Berufsfischerei in der Schweiz? Was für die nachhaltige Versorgung mit einheimischem Fisch?
26.7204	DE FR IT	Fra. Gafner. modRNA Impfstoffe: Kein Vergleich mit herkömmlichen Impfstoffen!	Das Prinzip der modRNA Impfstoffe unterscheidet sich wesentlich von herkömmlichen Impfungen und ist in diesem Anwendungsbereich kaum erforscht. Die Voraussetzungen für eine reguläre Zulassung sind nicht erfüllt. - Ist der Bundesrat der Meinung, dass trotz fehlender Notsituation die Zulassung der modRNA Impfstoffe ohne Reproduktions- und Toxizitätsstudien noch aufrechterhalten werden kann? - Ist der Bundesrat der Meinung, dass die Impfempfehlung für Schwangere ohne Bedenken weiterbestehen kann?

26.7206	DE FR IT	Fra. Vontobel. Nebenwirkungen von modRNA-Impfstoffen: Unkontrollierbare Spike-Protein-Produktion?	Der modRNA-Impfstoff bleibt nicht an der Injektionsstelle, sondern kann sich im ganzen Körper verteilen und in vielen Organen nachgewiesen werden. Dort bewirkt er die Produktion eines Fremdproteins (Spike-Protein). Ort, Menge und Zeitraum dieser Proteinsynthese sind nicht steuer- oder vorhersehbar, ebenso wie die folgende Immunreaktion mit unkontrollierten Entzündungs- und Gerinnungsprozessen. Wie beurteilt der Bundesrat den Stand der Erforschung dieser theoretischen, aber plausiblen Vorgänge?
26.7210	DE FR IT	Fra. Schneider-Schneiter. Einfache Milchbüchlirechnung statt realistische Einschätzung in der laufenden KVV/KLV-Vernehmlassung bzgl. Arzneimittelbereich?	Der Bericht zur laufenden KVV/KLV-Vernehmlassung bzgl. Arzneimittelbereich stellt mit einer gar einfachen Milchbüchlirechnung den Kantonen eine Einsparung von total 100 Mio. Franken dank Kostenfolgemodellen in Aussicht. Wie rechtfertigt der Bundesrat diese Berechnung, wenn gleichzeitig absehbar ist, dass die Kombination aus den neuen US-Most-Favored-Nation-Modellen und der vorgeschlagenen KVV/KLV-Revision die Einführung innovativer Medikamente in der Schweiz erheblich verzögert?
26.7211	DE FR IT	Fra. Brizzi. PFAS im Hallwilersee: Werden bald auch Egli vom Fangverbot betroffen sein?	Wegen zu hoher PFAS-Werte dürfen Hallwilersee-Hechte ab sofort nicht mehr verkauft werden. Bei Egli wird der Grenzwert zwar (noch) eingehalten, doch sollten sie nur noch alle zwei Monate konsumiert werden, in Portionen von 120 Gramm. PFAS reichern sich in Menschen und der Umwelt aber an, wenn sie nicht an der Quelle eingeschränkt werden. - Ist es eine Frage der Zeit, bis auch beim Egli die PFAS-Grenzwerte überschritten sind? - Wenn ja, wie rasch wird das passieren? Wenn nein, was spricht dagegen?
26.7217	DE FR IT	Fra. Rechsteiner Thomas. AHV Reform: unabhängige Expertengruppe	Der Ständerat hat das Postulat Regazzi 25.3731 in der Herbstsession 2025 angenommen und den Bundesrat beauftragt, für die AHV-2030-Reform eine unabhängige Expertengruppe einzusetzen. - Wo steht die Umsetzung dieses Auftrags heute konkret? - Wann wird die Expertengruppe eingesetzt, wie lautet ihr Mandat und wie wird sichergestellt, dass ihre Arbeiten noch rechtzeitig in die Vernehmlassung zur nächsten AHV-Reform einfließen?
26.7218	DE FR IT	Fra. Schneider-Schneiter. Wie beurteilt der Bundesrat die statistisch unkorrekte Darstellung von Arzneimittelkosten?	In Publikationen des BAG, (zB. Faktenblatt «Starkes Kostenwachstum bei Medikamenten») wird die Basis für die Darstellung des Anteils der Medikamentenkosten bei 20% statt 0% gezeigt, sodass jede Veränderung als starker Ausschlag erscheint. So entsteht statt einer flachen Kurve eine stark steigende. Zudem wird vom BAG das Jahr 2014 als Ausgangsjahr genommen, ohne darzulegen, dass in den Jahren vor 2014 der Anteil der Medikamentenkosten rückgängig war. Wie beurteilt der Bundesrat diese Darstellung?

26.7228	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Blutbild bei Impfschaden: Konsequenzen	Bei Patienten mit vermuteten Impfschäden konnte teils Jahre nach der letzten modRNA-Injektion eine x-fache Erhöhung der Spike-Proteine, jedoch keine Virus(-Core-)Proteine im Blut nachgewiesen werden. - Warum kann bei einer solchen Konstellation und entsprechender Klinik mit unklaren Entzündungs- und Gerinnungsprozessen (nicht) von einem gesicherten Impfschaden ausgegangen werden? - Warum sollen die Kosten für solche (validierten) Laboruntersuchungen (nicht) von den Krankenkassen getragen werden?
26.7239	DE FR IT	Fra. Rechsteiner Thomas. Packungsbeilagen für Medikamente: Reformbedarf!	Die physischen Beipackzettel bei Arzneimitteln sind für den Normalverbraucher viel zu kompliziert, langfädig und wegen der kleinen Schriftgrösse kaum lesbar. Sie landen meistens ungelesen im Abfall. 1. Was gedenkt der Bundesrat zu tun, um hier Abhilfe zu schaffen? 2. Wäre es denkbar, die Hersteller zu verpflichten, nur die wichtigsten Informationen zu liefern und für Details auf einen QR-Code zu verweisen? 3. Wie weit sind die Bestrebungen, bei Arzneimitteln ein E-Labeling einzuführen?
26.7242	DE FR IT	Fra. Huber. Good Medical Practice	Das Herstellungsverfahren für modRNA Impfstoffe unterscheidet sich wesentlich von traditionellen Verfahren. Es kam nachweislich zu DNA-Verunreinigungen durch Plasmide, was in mehreren Laboratorien unabhängig voneinander bestätigt wurde. - Ist der Bundesrat nicht auch der Meinung, dass dieser Verstoß gegen die «Good Medical Practice» in der Herstellung von Medizinprodukten untersucht und allenfalls geahndet werden sollte? - Müsste deshalb die Zulassung nicht sofort widerrufen werden
26.7249	DE FR IT	Fra. Bürgi Roman. 26.7108 Folgefrage 1:	Der Bundesrat nennt ein Myokarditis-Risiko nach modRNA-Impfung von 40–60 / Mio. Dosen – was bei 9 Mio. Einwohnern 360-540 geschädigten ursprünglich gesunden Bürgern entspricht. In einer Studie an 820.926 ungeimpften und 441.858 geimpften Jugendlichen (https://doi.org/10.1097/EDE.0000000000001908) wurde Myokarditis ausschließlich bei Geimpften diagnostiziert (27 / Mio. nach 1. Impfung). Wie viele Kinder müssen konkret geschädigt werden, damit der Bundesrat ein Gesundheitsrisiko anerkennt?
26.7250	DE FR IT	Fra. Bürgi Roman. 26.7108 Folgefrage 2:	Der Bundesrat nennt ein Myokarditis-Risiko nach modRNA-Impfung von 0,004-0,006% / Dosis und erwähnt, dass das Myokarditis-Risiko nach einer Infektion um ein Vielfaches höher ist als nach einer Impfung, auch bei Kindern und Jugendlichen. Diese Aussage steht in eklatantem Widerspruch zu einer Studie an 820.926 ungeimpften und 441.858 geimpften Jugendlichen (https://doi.org/10.1097/EDE.0000000000001908). Kann der Bundesrat für seine Aussagen Zahlen und Quellen liefern?

26.7257	DE FR IT	Fra. Gafner. BAG-Studie zu Konversionsmassnahmen: Aktivismus statt Wissenschaft?	Eine vom BAG in Auftrag gegebene Studie zum Po 21.4474 wurde vom IZFG der Uni Bern durchgeführt; die operative Leitung liegt bei einer Person, die sich selbst als Aktivist bezeichnet und strengere Regulierungen von Konversionsmassnahmen fordert. - Ist es für den Bundesrat üblich, Studien zu sensiblen Themen von Personen leiten zu lassen, die sich in diesem Themenfeld aktivistisch engagieren? - Ist der Bericht damit nicht politisch vorgeprägt? - Wie viel hat das BAG dem IZFG für die Studie bezahlt?
26.7259	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Entschädigung der Impfpfopfer und Regress auf Impfstoffhersteller	Bisher wurden 2 Impfpfopfer anerkannt. Angesichts der Tatsache, dass das Wirkprinzip der modRNA-Injektionen ein viel umfangreicheres Muster an Nebenwirkungen aufweist, ist von einer hohen Dunkelziffer auszugehen. - Von welcher Dunkelziffer und von welcher finalen Zahl an Impfpfopfern geht der Bundesrat aus? - Warum ist der Bundesrat nicht auch der Meinung, dass der Haftungsausschluss der Impfstoffhersteller im Interesse der betroffenen Bevölkerung und der Prämien- und Steuerzahler überprüft werden müsste?
26.7260	DE FR IT	Fra. Weber. Lumpy Skin Disease: Wie sieht die Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen aus?	Wie will der Bund bei einem Ausbruch der Lumpy Skin Disease bei Rindern in der Schweiz vorgehen, damit die Kantone die Folgen seiner möglichen Entscheide nicht allein tragen müssen?
26.7280	DE FR IT	Fra. Suter. Phagentherapie als Ergänzung im Kampf gegen Antibiotikaresistenzen?	Angesichts der Bedrohung durch Antibiotikaresistenzen setzen Länder wie Belgien, Frankreich und Australien zunehmend ergänzend auf Phagentherapie. Wie beurteilt der Bundesrat das Potenzial der Phagentherapie als ergänzende Behandlungsmöglichkeit bei multiresistenten Infektionen, insbesondere im Rahmen der Strategie Antibiotikaresistenzen Schweiz (StAR), und welche Schritte prüft er, um Forschung, klinische Studien oder Pilotprojekte in Schweizer Spitälern zu unterstützen?
26.7290	DE FR IT	Fra. Weichelt. Ökologie als Teil der Preisbildung bei Medikamenten	Der Hersteller hat Estradot (Östrogenpflaster) von der SL genommen, da er nicht den gemäss BAG überhöhten Preis erhalten hat. Die Alternativen sind jedoch aus ökologischen Gründen abzulehnen (Verunreinigung unserer Gewässer). Ist der Bundesrat bereit, die Gesetzgebung insofern zu ändern, dass für die Preisgestaltung ökologische Aspekte miteinfließen?

26.7296	DE FR IT	Fra. Suter. Was tut der Bundesrat, um das Problem von PFAS in Schweizer Nahrungsmitteln nachhaltig zu lösen?	Wegen zu hoher PFAS-Belastung galt zunächst im Zugersee ein Fischfangverbot, nun auch im Hallwilersee; weitere Seen könnten folgen. Der Fischereiverband fordert nationale Lösungen, ETH-Experte Martin Scherlinger ein umfassendes PFAS-Verbot. Studien zeigen besonders hohe Belastungen in tierischen Lebensmitteln. - Bei welchen Lebensmitteln rechnet der Bundesrat mit weiteren Verboten oder Einschränkungen? - Was unternimmt er konkret, um die Lebensmittelsicherheit zu gewährleisten u das Problem zu lösen?
---------	--	---	---

Finanzdepartement

26.7154	DE FR IT	Fra. Schläpfer Therese. Homeoffice beim Bund	- Welcher Anteil (%) der Bundesangestellten nutzt Homeoffice regelmässig (mind. 20–40 % der Zeit) oder gelegentlich (Stand Ende 2025)? - Welchen Prozentsatz der gesamten gearbeiteten Stunden leistet die Bundesverwaltung im Homeoffice? - Wie hoch ist der Anteil (%) der Stellen, die nach Einschätzung der Departemente nicht homeofficefähig sind (zwingende Präsenz vor Ort)?
26.7293	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. Wie oft sind Bundesbeamte im Homeoffice?	Seit 2021 bestehen für das Bundespersonal auf Verordnungsstufe rechtliche Grundlagen, die mehr "Flexibilität" betr. Arbeitsort und Arbeitszeitmodell erlauben (Art. 64a f. BPV). - Wie viele Bundesangestellte arbeiten ganz oder teilweise im Homeoffice (Anzahl/Anteil)? - Wie viele Stunden/Tage arbeiten sie durchschnittlich a) pro Woche und b) pro Jahr im Homeoffice? - Wie viel Prozent ihres Arbeitspensums arbeiten sie durchschnittlich im Homeoffice? - Gibt es dafür eine ausdrückliche gesetzliche Grundlage?
26.7155	DE FR IT	Fra. Wettstein. Rückerstattung der Mineralölsteuer für konzessionierte Transportunternehmen – was gilt?	Konzessionierte Transportunternehmen sollten ab 2026 innerorts, ab 2030 ausserorts keine Rückerstattung der Mineralölsteuer mehr erhalten, ausser die Schifffahrt. Wegen der geplanten Aufhebung sind die Rückerstattungen in den Richtlinien 2019 zur Regulierungsfolgenabschätzung RFA nicht berücksichtigt. In der neuen CO2-Verordnung ist die Aufhebung jedoch nicht zu finden, auch nicht bei Anpassungen von Subventionen. - Gilt für sie weiterhin Art. 18 des MinöStG? - Wenn ja, warum? - Wenn nein, was gilt?

26.7185	DE FR IT	Fra. Dobler. Führt die EFK bei ausserordentlichen Kampagnenfinanzierungen automatisch eine Revision durch?	Bei der Volksabstimmung vom 8.3.2025 SRG-Initiative hat die SP Schweiz Einnahmen mit angeblichen Rekordkleinstspenden von 1.6 Millionen deklariert. Spenden über 15'000 wurden keine offen gelegt. Kann der Bundesrat bestätigen, dass solche ausserordentlichen Rekordeinnahmen nicht automatisch zu einer Revision führen und dieser Entscheid für eine Revision im Ermessen der EFK liegt?
26.7234	DE FR IT	Fra. Wismer Priska. Rückerstattung der Mineralölsteuer	In Zukunft soll die Rückerstattung der Mineralölsteuer für die Landwirtschaft auf Taxas erfolgen. - Welcher Anteil der Landwirtschaftsbetriebe haben sich gemäss aktuellem Stand registriert und wie schätzt der Bundesrat dieses neue Verfahren im Rahmen der Ziele der administrativen Vereinfachung ein? - Weshalb ist das effektive Zeitfenster zur Beantragung der Rückerstattung auf die Monate Mai und Juni begrenzt?
26.7267	DE FR IT	Fra. Wettstein. Planung der Ausschüttungen der Nationalbank-Gewinne	Die SNB hat im 2025 26 Mrd. Gewinn geschrieben, dies nach ihren hohen Rückstellungen. Vorderhand werden davon erst 4 Mrd. an Kantone und Bund ausgeschüttet. Der restliche Betrag steht gemäss Verfassung ebenfalls der Bevölkerung zu. Zudem sprechen alle Anzeichen dafür, dass auch die kommenden Jahre Gewinn abwerfen werden. Kann und wird der BR rechtzeitig vor der Ausarbeitung des Budgets 2027 mit der SNB eine neue Mehrjahresvereinbarung treffen, welche eine hohe Planungssicherheit gewährt?
26.7271	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Germanisierung der Bundesverwaltung	Der Direktor der FINMA ist deutscher Staatsangehöriger. - Aus welchen Gründen wurde für dieses wichtige Amt kein Schweizer Staatsangehöriger angestellt? - Wie viele deutsche Staatsangehörige sind in der Bundesverwaltung tätig?
26.7287	DE FR IT	Fra. Andrey. Kostenfolge der Stempelsteuerbefreiung	Laut Aussagen der Verwaltung sind von der Stempelsteuer mehr Transaktionen befreit, als ihr unterstellt sind. Wie hoch ist der damit verbundene, jährliche Steuerertragsausfall ungefähr einzuschätzen und welche formalen Schritte wären nötig, um den Umfang der Ausnahmen zu reduzieren?

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

26.7143	DE FR IT	Fra. Tuena. Sperrung des Luftraums über der Schweiz für militärische Flugzeuge aus neutralitätsrechtlichen Gründen	Gemäss der Einschätzung einer führenden Völkerrechtsprofessorin greift mit der Eskalation im nahen Osten das Neutralitätsrecht. Wann sperrt der Bundesrat, gestützt auf das Neutralitätsrecht, den Luftraum über der Schweiz für militärische Flugzeuge der in die bewaffneten Konflikte beziehungsweise Kriege involvierten Länder?
---------	--	---	---

26.7144	DE FR IT	Fra. Schlatter. Unsicherheit bzgl. Aufhebung des Entsorgungsmonopols: Blei- ben die Gemeinden auf den Kos- ten sitzen?	- Wie verhindert der Bundesrat, dass die neue Plas- tik- und Getränkekarton-Sammlung zu einem Defizit- geschäft für die Gemeinden wird und am Ende die Gebührendzahlenden drauflegen müssen? - Wird der Bundesrat den Detailhandel verpflichten, Verpackungen an allen Verkaufsstellen zurückzuneh- men, damit die Entsorgungslast nicht einfach auf die öffentlichen Sammelstellen abgewälzt wird?
26.7148	DE FR IT	Fra. Gianini. Kostenlose Impulsberatungen für erneuerbare Heizsysteme	Am 20. Januar 2026 teilte das Bundesamt für Ener- gie mit, dass seit 2022 50 000 kostenlose Impulsbe- ratungen zum Thema erneuerbare Heizsysteme durchgeführt wurden. Die Beratungen im Rahmen des Programms «erneuerbar heizen» sind nur für die Haus- oder Stockwerkeigentümerinnen und -eigentü- mer kostenlos, nicht aber für den Staat, der die Kos- ten für die Beratungen trägt. Ich bitte den Bundesrat, folgende Fragen für die Jahre 2022 bis (und mit) 2025 zu beantworten: 1) Wie hoch ist der Kredit des Bundes für diese Bera- tungsleistungen? 2) In welchem Umfang wurde er genutzt? 3) Wie hoch sind folglich die Kosten für die durchge- führten kostenlosen Impulsberatungen?
26.7149	DE FR IT	Fra. Golay Roger. Gefährdung von Fussgängerin- nen und Fussgängern auf Fuss- und Radwegen	- Ist der Bundesrat nicht der Ansicht, dass es not- wendig ist, die Regelung für gekennzeichnete Wege (Signalisationsverordnung 2.63) anzupassen, um die Nutzung von Lastenfahrrädern einzuschränken, wenn die Breite kein sicheres Kreuzen zulässt? Sehr oft führen diese engen Verkehrsflächen zu Kon- flikten zwischen Fussgängerinnen und Fussgängern und breiten Fahrrädern, was zu Lasten der Sicherheit und des Komforts der schwächeren Personen geht. - Ist der Bundesrat bereit, klare Kriterien festzulegen, insbesondere eine Mindestbreite, um die Sicherheit der Fussgängerinnen und Fussgänger zu gewähr- leisten?
26.7153	DE FR IT	Fra. Wettstein. Was kostet der Stillstand des AKW Gösgen den Bund?	Das AKW Gösgen steht seit dem 24. Mai 2025 we- gen einer Sicherheitslücke im Speisewassersystem still. Es wird möglicherweise am 21.03.2026 wieder ans Netz gehen. Inzwischen ist bekannt, dass der Stillstand für die KKG Gösgen AG zu einem Ausfall von rund CHF 200 Mio führt (was auf den Strompreis abgewälzt wird) und dass der Standortkanton Solo- thurn mit 10 Mio Franken Einbussen rechnet. - Wie hoch ist der voraussichtliche Aufwand/Verlust in der Bundeskasse? - Kann er ausserordentlich verbucht werden?
26.7156	DE FR IT	Fra. Addor. Kohlenwasserstoffe: Sanktionen vor den Interessen der Schwei- zerinnen und Schweizer?	1. Stimmt es, dass Präsident Putin sich bereit erklärt hat, die europäischen Länder mit Kohlenwasserstof- fen zu versorgen https://video.lefigaro.fr/figaro/international/la-russie-se-dit-prete-a-fournir-les-pays-europeens-en-hydrocarbures-s-ils-en-font-la-demande-20260309 ? 2. Gilt das Angebot auch für die Schweiz? 3. Ist der Bundesrat bereit, dieses Angebot anzuneh- men, angesichts des massiven Anstiegs der Kohlen- wasserstoffpreise, der Haushalte und Unternehmen belasten wird?

26.7161	DE FR IT	Fra. Roduit. Wann gibt es Lösungsansätze für die ökologische Sanierung der Wasserkraft?	Die Sanierung der Wasserkraft schreitet voran. Laut dem Bundesamt für Umwelt (BAFU) und der Eidgenössischen Finanzkontrolle sind dafür jedoch erhebliche Anstrengungen erforderlich. Weder die vorgesehene Zeit noch die vorgesehenen finanziellen Mittel werden ausreichen. Das BAFU hat die Kantone und die Betreiberinnen und Betreiber darüber informiert, dass diese und weitere zentrale Fragen zur Nutzung der Wasserkraft im Bericht zum Postulat 23.3007 behandelt werden, das bereits vor drei Jahren eingereicht wurde. Wann wird dieser Bericht effektiv veröffentlicht?
26.7162	DE FR IT	Fra. Flach. Wie stellt der Bundesrat sicher, dass das ARE seine zentrale Grundlagenarbeit für Siedlungsentwicklung und Bodenschutz weiterhin leisten kann?	Das ARE erarbeitet gemäss RPG und Bundesverfassung die gesetzlich verankerten fachlichen, rechtlichen und planerischen Grundlagen für Raumplanung, Siedlungsentwicklung und Verkehrskoordination. Wie stellt der Bundesrat sicher, dass das ARE diese Grundlagenarbeit – für qualitative Innenentwicklung, Bodenschutz sowie die Abstimmung von Siedlung und Verkehr – in den nächsten Jahren weiterhin leisten kann, und wie werden dafür die notwendigen Ressourcen eingesetzt?
26.7175	DE FR IT	Fra. Roth David. Verbreitet der Bundesrat Fehlinformationen?	Auf welche empirischen, wissenschaftlichen Grundlagen stützt sich der Bundesrat, wenn er die Ausgewogenheit der Berichterstattung der SRG in Frage stellt, wie dies Bundesrat Röstli bei der Medienkonferenz am Abstimmungssonntag getan hat?
26.7184	DE FR IT	Fra. Müller-Altermatt. Unterstützung der Kantone und Gemeinden durch das ARE	Kantone und Gemeinden sind mit der Umsetzung von RPG1 beschäftigt. Dazu kommt neu RPG2, welches vor allem ländliche Kantone und Gemeinden stark herausfordert. Angesichts der Komplexität von RPG1 und 2 sind die Kantone und Gemeinden auf fachliche Unterstützung durch das ARE angewiesen. Wie gedenkt der Bundesrat sicherzustellen, dass das ARE die nötigen Ressourcen, Grundlagen und Hilfsmittel bereit stellt, um die Kantone und Gemeinden in der Erfüllung ihres gesetzlichen Auftrages zu unterstützen?
26.7186	DE FR IT	Fra. Candinas Martin. Will der Bundesrat weiterhin Sportübertragungen im Free-TV?	Nach dem klaren Abstimmungsergebnis zur SRG-Halbierungsinitiative habe ich folgende Fragen: - Teilt der Bundesrat die Einschätzung, dass die Bevölkerung auch künftig mindestens im heutigen Umfang Sportübertragungen in allen Sprachregionen im Free-TV sehen will? - Teilt der Bundesrat die Einschätzung, dass Einsparungen beim Sport auf Kosten des Breitensports, der Berücksichtigung des ländlichen Raumes oder der gleichwertigen Sport-Abdeckung in allen Sprachregionen geschehen würde?
26.7219	DE FR IT	Fra. Pult. Nimmt der Bundesrat die Anliegen der Abstimmungsgewinner ernst?	- Inwiefern nimmt der Bundesrat auch Rücksicht auf die Anliegen der Abstimmungsgewinner bei der Halbierungsinitiative. - Inwiefern ist der Bundesrat bereit, deren Anliegen zu einem starken medialen Service Public, verlässlicher Information, einem breiten Angebot von Kultur, Unterhaltung und Sport, Ernst zu nehmen?

26.7231	DE FR IT	Fra. Badran Jacqueline. Evidenz für die Übetragung Sport & Unterhaltung an kommerzielle Anbieter	Hat der Bundesrat untersucht und geprüft, ob private Rundfunk-Unternehmen Sport und Unterhaltung kommerziell lohnend produzieren könnten? Oder stützt er sich auf Behauptungen und Anekdoten? - Gibt es sachliche Beweise oder Evidenzen für die Behauptung, dass «Private» auch Sport und Unterhaltung im kleinen, viersprachigen Schweizer Markt produzieren und anbieten können? - Welche Sportarten wären das? - Welche Unterhaltungsformate?
26.7244	DE FR IT	Fra. Marti Min Li. Können Private Sport und Unterhaltungsangebot der SRG ersetzen?	- Wie kommt der Bundesrat zu der Einschätzung, dass die Bereiche Unterhaltung und Sport bei der SRG redimensioniert werden sollen, um Rücksicht auf private Rundfunkunternehmen zu nehmen und diese zu stärken? - Können diese Bereiche kommerziell produziert werden? - Und welche Sportarten oder Unterhaltungsformate wären das konkret?
26.7252	DE FR IT	Fra. Badran Jacqueline. Welche Sportarten können kommerziell lohnend von Privaten TV-Anbietern übernommen werden?	Im Abstimmungskampf zur SRG-Halbierungsinitiative wurde das Schwingfest als Kronzeuge für die Behauptung genannt, dass auch «Private» Fernsehsender Sportsendungen produzieren könnten (obwohl das der Schwingerverband explizit nicht will). SRG überträgt jedoch rund 100 Sportarten. Kann der Bundesrat noch mindestens 5 weitere Beispiele nennen, also Sportarten, die sich im kleinen viersprachigen Schweizer Markt kommerziell lohnend von "Privaten" produzieren lassen?
26.7256	DE FR IT	Fra. Badran Jacqueline. Reduktion Sport im Angebot der SRG gegen den Willen aller Sport-Verbände.	Nachdem sich die Sportverbände in der Vernehmlassung zur Senkung der SRG-Abgaben vernichtend geäußert haben, plant der Bundesrat in der Konzession den Produktion und Übertragung von Sport vermehrt "Privaten" zu überlassen. - Auf welche "Notwendigkeit" stützt sich der Bundesrat bei seinem Vorhaben? - Ist ihm bewusst, dass dies weder die Sportverbände aus vielen guten Gründen nicht wollen und Sport bei die Zuschauenden äusserst beliebt sind? - Wenn ja, wieso die Konzessionsanpassung?
26.7269	DE FR IT	Fra. Candan Hasan. Ablehnung der Halbierungsinitiative - klares Bekenntnis zur Sichtbarkeit des Schweizer Sports	In der Vernehmlassung zur Abgabensenkung für die SRG haben sämtliche Sportverbände sowohl aus Premium- als auch Nischensport negativ Stellung genommen. Auf welchen Evidenzen stützt sich der Bundesrat bei der Behauptung, dass auch die «Privaten» Sportsendungen produzieren können, obwohl die Sportverbände sagen, dass dies nicht der Fall ist?
26.7189	DE FR IT	Fra. Meier Andreas. PFAS im Hallwilersee: Rolle des Vorsorgeprinzips	Aufgrund der hohen PFAS-Belastung empfehlen die Aargauer Behörden, Egli aus dem Hallwilersee nur eingeschränkt zu konsumieren. Welche möglichen Eintragsquellen für PFAS in Gewässern sieht der Bundesrat, und welche Massnahmen sind vorgesehen, um solche Belastungen künftig frühzeitig zu erkennen und zu reduzieren?

26.7191	DE FR IT	Fra. Töngi. Interpretationen von Abstimmungsergebnissen	In der Medienkonferenz zur Halbierungsinitiative interpretierte Bundesrat Albert Rösti das Abstimmungsergebnis als Zustimmung zum bundesrätlichen Gegenentwurf via Verordnungsänderung und betonte, dass die Argumente der Befürworter der Initiative ernst genommen werden müssten. - Erachtet der Bundesrat diese Interpretation der sehr deutlichen Ablehnung der Initiative als ausgewogen? - Worauf stützt sich der Bundesrat bei der Beurteilung von Ergebnissen am Abstimmungssonntag?
26.7195	DE FR IT	Fra. Schlatter. Kann der Kanton Zürich die Bautätigkeit in fluglärmbelasteten Gebieten weiterhin einschränken, im Interesse des Lärmschutzes, der Raumplanung und der Flughafeneigentümerin?	Der Kt ZH hat bei überschrittenen Fluglärm-Werten bisher keine Neu- und Umbauten mit zus. Wohneinheiten bewilligt. Mit revUSG/revLSV können künftig jedoch alle baureifen Parzellen überbaut werden, sofern Art. 22 Abs. 2 revUSG eingehalten wird. So könnte bei max. Ausnutzung der bestehenden Nutzungsreserven Wohnraum für bis zu 2200 zusätzliche Pers. in Gebieten mit Belastungen über dem Alarmwert entstehen. Sieht der BR eine Möglichkeit, die Bautätigkeit in solchen Gebieten weiterhin zu regulieren?
26.7196	DE FR IT	Fra. Roduit. Wann wird die Eisenbahnlinie Tonkin am Südufer des Genfersees wieder in Betrieb genommen?	Die Bahnlinie Sud-Léman am Südufer des Genfersees wurde auf Antrag der Westschweiz in den Ausbauschritt 2035 (STEP AS 2035) aufgenommen. In der Westschweiz ist man sich der Bedeutung der Wiederinbetriebnahme der 14 Kilometer langen Linie zwischen Évian und Saint-Gingolph hinsichtlich einer Entlastung beim grenzüberschreitenden Personenverkehr in der Genferseeregion nämlich bewusst. Das Wallis hat einen Kredit von 22,8 Millionen Franken bewilligt, Frankreich unterstützt das Projekt und Hindernisse wurden beseitigt, insbesondere mit dem Ausschluss des Schienengüterverkehrs. - Wird das Bundesamt für Verkehr endlich auf die tatsächliche Umsetzung des Projekts hinarbeiten? - Innerhalb welcher Frist ist damit zu rechnen?
26.7212	DE FR IT	Fra. Töngi. Zeitplan für den Zugang zu Ladeinfrastruktur gemäss Motion 23.3936	Die Motion 23.3936 «Laden von Elektroautos im Mietverhältnis und Stockwerkeigentum» wurde angenommen, ihre Umsetzung steht aber weiterhin aus. Die Volatilität der Ölpreise aufgrund des Irankriegs zeigt einmal mehr die Folgen der Abhängigkeit von fossilen Energieträgern, die uns alle direkt betrifft. - Wie ist der Umsetzungsstand genannter Motion innerhalb der Bundesverwaltung? - Wie kann der Bundesrat sicherstellen, dass Mietende zeitnah und umfassend Zugang zur nötigen Infrastruktur erhalten?
26.7220	DE FR IT	Fra. Pult. Schränkt die SRG private Medien ein?	Auf welchen empirischen, wissenschaftlichen Grundlagen kommt der Bundesrat zum Schluss, dass die Tätigkeiten der SRG private Medien einschränke?
26.7233	DE FR IT	Fra. Jauslin. Wie wichtig ist dem Bundesrat das Übereinkommen über den Schutz der Hohen See?	Am 15. Januar 2025 hat der Bundesrat die Unterzeichnung des UNO-Hochseeschutzabkommens genehmigt. Seither ist über ein Jahr vergangen, ohne dass der Bundesrat die für die Ratifizierung notwendige Vernehmlassungsvorlage veröffentlicht hat. Was sind die Gründe für die Verzögerung? - Wann startet die Vernehmlassung für die Ratifizierung des UNO-Hochseeschutzabkommens? - Welchen Stellenwert räumt der Bundesrat dem Abkommen ein?

26.7238	DE FR IT	Fra. Marti Min Li. Widerspricht die Redimensionierung der Unterhaltung in der Konzession Verfassung und Gesetz?	- Auf welchen gesetzlichen Grundlagen beruht die Absicht des Bundesrats bei den Konzessionsverhandlungen die Unterhaltung zu redimensionieren? - Widerspricht dies nicht dem in der Bundesverfassung und dem RTVG verankerten Auftrag der SRG, Unterhaltung anzubieten?
26.7241	DE FR IT	Fra. Ruch. Erneute Verzögerung bezüglich der Linie Lausanne–Genf: Welche Massnahmen können ergriffen werden?	Das Parlament hat bereits zweimal (2019 und 2024) für die Investition in die neue Linie zwischen Morges und Perroy gestimmt. Es ist anerkannt, dass diese Linie unverzichtbar ist. - Warum hat die SBB das Vorprojekt Morges–Perroy nicht rechtzeitig abgeschlossen, was laut Bundesrat einen erneuten Aufschub rechtfertigt? Generell kommen Projekte aus der Romandie nur schwer voran. - Wie erklärt der Bundesrat diese unterschiedliche Behandlung von Projekten in der Westschweiz und in der Deutschschweiz und das raschere Vorankommen bei Projekten in der Deutschschweiz?
26.7253	DE FR IT	Fra. Clivaz Christophe. Geringerer restwasserbedingter Produktionsverlust: Welche Auswirkungen hat dies auf die Perspektiven für die Wasserkraftproduktion?	Laut einer Studie der Eidgenössischen Forschungsanstalt für Wald, Schnee und Landschaft, der Universität Bern und der Eidgenössischen Anstalt für Wasserversorgung, Abwasserreinigung und Gewässerschutz dürfte «die zusätzliche restwasserbedingte Minderproduktion ab heute mit knapp 2 % der Produktionserwartung im Jahr 2050 deutlich kleiner ausfallen als befürchtet» (Medienmitteilung). - Wie gedenkt der Bundesrat, die Ergebnisse dieser Studie in seine Energieperspektiven einzubeziehen? - Verbessern diese Ergebnisse die Perspektiven für die Stromproduktion aus Wasserkraft und können die Ziele für 2035 und 2050 in diesem Sektor eher erreicht werden?
26.7262	DE FR IT	Fra. Schmezer. Hält der Bundesrat Art. 68a RTVG für eine genügende Rechtsgrundlage für eine Senkung der Serafe-Gebühr?	Art. 68a RTVG gibt dem BR die Kompetenz, die Abgabe für Haushalte und Unternehmen zu bestimmen: "Massgebend ist der Bedarf für die Finanzierung der Programme der SRG und des übrigen publizistischen Angebots der SRG, das zur Erfüllung des Programmauftrags notwendig ist". Dieser Finanzierungsbedarf ist nicht gesunken, wenn schon ist er gestiegen. Warum ist der Bundesrat der Ansicht, dass Art. 68a RTVG eine ausreichende Rechtsgrundlage für seine Senkung der Abgabe auf 300.- ist?
26.7263	DE FR IT	Fra. Jauslin. PFAS im Wasser und Boden – wer bezahlt die Rechnung?	Nachdem Berufsfischer ihre Fische aus dem Zugersee wegen der PFAS-Belastung nicht mehr verkaufen dürfen, trifft es nun jene am Hallwilersee. In Zug sollen die Berufsfischer entschädigt werden. Auch Bauern im Kt. SG sollen Geld erhalten. Es drohen auch Kosten in den Bereichen Sanierung und Gesundheit. - Kommen nun hohe Kosten auf Steuerzahlende in Gemeinden und Kantone zu, wenn der Bund die PFAS nicht rasch an der Quelle verbietet? - Wenn ja, in welchem Umfang? - Wenn nein, wer bezahlt die Rechnung?

26.7268	DE FR IT	Fra. Wyssmann. Einmalvergütungen bei Wind- und Solarkraftanlagen	- Wie überprüft der Bundesrat, dass bei Einmalvergütungen bei Wind- und Solarkraftanlagen tatsächlich nur maximal die gesetzlich festgelegten Ansätze (bspw. 60% der Investition) vergütet werden und nicht mehr? - Legen die Betreiber von Wind- und Solarkraftanlagen nach Realisierung einer Anlage dem Bund die Investitionsrechnung vollständig offen? - Falls ja, in welchem Detaillierungsgrad und mit welchen Resultaten?
26.7270	DE FR IT	Fra. Chollet. Würde die Schweiz einen militärischen Überflug im Zusammenhang mit Schlägen im Iran genehmigen?	In seiner Antwort auf die Frage 26.7140 gibt der Bundesrat an, dass bis zum 4. März 2026 kein militärisches oder anderes Überfluggesuch im Zusammenhang mit den militärischen Schlägen im Iran vorlag. - Ist dies immer noch der Fall? - Würde der Bundesrat ein solches Gesuch genehmigen oder ablehnen, insbesondere im Hinblick auf das Neutralitätsrecht?
26.7278	DE FR IT	Fra. Roduit. Ein besserer Umgang mit Grossraubtieren zum Schutz unserer Wälder?	Der Wolf beeinflusst die Pflanzenfresser-Populationen, die wiederum einen direkten Einfluss auf die Regenerationsfähigkeit der Wälder haben. Auf der Flucht vor diesem grossen Raubtier wandern die Gämsen und Steinböcke, die normalerweise die offenen Flächen im Hochgebirge bevölkern, in die Wälder hinab und richten dort Schäden an, insbesondere an jungen Trieben. Ist sich der Bundesrat dieser komplexen Problematik bewusst und beabsichtigt er, sie bei den Massnahmen zur Regulierung der Grossraubtiere zu berücksichtigen?
26.7281	DE FR IT	Fra. Schaffner. Der Biodiversitätsverlust kostet die grossen Industrien weltweit 430 Mrd. Dollar pro Jahr – wie stark sind Schweizer Unternehmen davon betroffen?	Eine neue Studie von CERES schätzt, dass der Verlust der Biodiversität die grossen Industrien weltweit 430 Mia. Dollar jährlich kostet. Allein der Rückgang der Bestäubung koste 25 Mrd. Dollar. Viele Unternehmen hätten Schwierigkeiten, die entsprechenden Risiken richtig einzuschätzen. 1. Wie beurteilt der Bundesrat die Studie insgesamt und bezüglich ihrer Aussagekraft für die Schweiz? 2. Inwiefern steht er zu diesen Risiken im Austausch mit Unternehmen sowie zu deren diesbezüglicher Resilienz?
26.7295	DE FR IT	Fra. Clivaz Christophe. Künftiger Anstieg der Winterniederschläge und frühere Schneeschmelze: Welche Auswirkungen auf die Stromknappheit im Winter?	Die Ergebnisse des Forschungsprojekts «Speed2Zero» bestätigen, dass der Klimawandel zu einem Anstieg der Winterniederschläge und zu einer früheren Schneeschmelze führt. Konkret bedeutet dies, dass das Niederschlagsmaximum bis zum Ende des Jahrhunderts gut einen Monat früher erreicht werden wird, was dazu führt, dass Wasserkraftwerke tendenziell im Winter mehr Strom produzieren werden. Inwiefern wird dadurch das Risiko einer Stromknappheit im Winter verringert und an welchem Zeithorizont?

Bundeskanzlei

26.7146	DE FR IT	Fra. Andrey. Unabhängige App-Stores für mobile Applikationen des Bundes	Das BJ hat angekündigt, die E-ID-App „swiyu“ auch über unabhängige App-Stores zugänglich zu machen. Ebenso prüft die BK, die AGOV-App auf diese Weise anzubieten. Aus der Perspektive der digitalen Souveränität, der Wahlfreiheit der Nutzenden und des Wettbewerbs ist dies zu begrüßen. - Ist es aus Sicht des Bundesrates sinnvoll, dieses Vorgehen künftig systematisch für mobile Applikationen der Bundesverwaltung zu verankern? - Wenn ja: Welche Voraussetzungen sind aus Sicht des Bundesrates dafür nötig?
26.7167	DE FR IT	Fra. Reimann Lukas. Gefahr für Demokratie und Volksrechte? Unsicheres E-Voting und fehlende Transparenz über Zwischenfälle und Störungen	Seit 2023 werden Pilotversuche mit E-Voting durchgeführt. Es kam bereits zu mehreren Störungen und Zwischenfällen. In Basel konnten vergangenes Wochenende 2048 Stimmzettel, die elektronisch eingereicht wurden, nicht berücksichtigt werden. Noch immer ist unklar, was zum Systemversagen geführt hat. 1. Wann wird darüber transparent und ehrlich die Öffentlichkeit informiert? 2. Werden jetzt alle E-Voting-Projekte sistiert, bis die Vorfälle lückenlos aufgeklärt und neue Fehler ausgeschlossen sind?
26.7178	DE FR IT	Fra. Riniker. Beratung von Volksinitiativen – Anwesenheit des Bundesrates bei Einzelvoten. Frage an den Bundesrat	Bezugnehmend auf die Antwort des Büros zu meiner Frage 26.7049, wonach Mitglieder des Bundesrates in den letzten vier Jahren über 100 Stunden im Rat anwesend waren, um Einzelvoten zu Volksinitiativen anzuhören: - Welche Vor- und Nachteile sieht der Bundesrat in seiner Anwesenheit während sämtlicher Einzelvoten bei der Beratung von Volksinitiativen? - Wäre es aus seiner Sicht sinnvoll, diese Praxis anzupassen, um die Zeitressourcen der Mitglieder des Bundesrates anderweitig einzusetzen?
26.7182	DE FR IT	Fra. Roth David. Zugang für Medienschaffende	Die Notwendigkeit, die Sicherheit in bundeseigenen Gebäuden zu gewährleisten, ist unbestritten. - Ist sich die Bundeskanzlei jedoch bewusst, dass die neuen Sicherheitsvorkehrungen beim Medienzentrum von den dort tätigen Medienschaffenden als erhebliche Erschwernis ihrer täglichen Arbeit wahrgenommen werden? - Inwiefern hat die Bundeskanzlei die im Rahmen der Konsultation von den Bundeshausjournalist:innen geäußerten Bedenken berücksichtigt?

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

26.7147	DE FR IT	Fra. Roth David. Ist es möglich, dass die Schweiz zu einem bestimmten Zeitpunkt über keine Luftraumüberwachung verfügt?	- Wie lange garantiert das VBS, dass Florako einsatzfähig bleibt? - Ab wann wird RLE@NDP operational sein, und besteht die Gefahr einer Lücke, in der kein System verfügbar ist?
---------	--	--	---

26.7152	DE FR IT	Fra. Feller. Hisbollah und iranische Netzwerke in der Schweiz: Seit wann und bis wann?	Gemäss dem aktuellen Lagebericht des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB) unterhält die Hisbollah in der Schweiz ein Personennetzwerk, das zur Unterstützung von Terroraktionen aktiviert werden könnte. Darüber hinaus ist es laut einem Sprecher des NDB, der im Sonntagsblick vom 8. März 2026 zitiert wird, wahrscheinlich, dass iranische Dienste oder vom Iran mandatierte kriminelle Netzwerke Aktionen in Europa und in der Schweiz durchführen. - Seit wann sind die Vertreter der Hisbollah und der iranischen Dienste in der Schweiz präsent? - Wann werden sie ausgewiesen?
26.7188	DE FR IT	Fra. Seiler Graf. Die De-Risking-Strategie gegenüber sicherheitsrelevanter Technologie aus China stärken	Der Bericht «Luftverteidigung der Zukunft» (2017) schloss in Kapitel 13.3.3 die Beschaffung von Luftverteidigungsmitteln aus China aus. - Hält der Bundesrat daran fest, dass sicherheitsrelevante Beschaffungen aus China «zweifelloso mit enormen technischen, finanziellen und militärischen Risiken verbunden» wären? - Stimmt er seine De-Risking-Strategie mit jener der EU ab? - Was kehrt er vor, damit chinesische Technologie nicht in sicherheitsrelevanten Drohnen und Drohnenabwehrmitteln verbaut wird?
26.7201	DE FR IT	Fra. Heimgartner. Was ist das Mindestmass bei Personensicherheitsprüfungen?	Der Bundesrat schreibt als Antwort auf meine Frage 26.7035, dass Personensicherheitsprüfungen auf ein Mindestmass reduziert werden soll. Welche Bereiche, Funktionen, Ämter, Funktionen etc. gehören noch zu diesem Mindestmass und wo liegt der konkrete Unterschied zur vorherigen Regelung?
26.7202	DE FR IT	Fra. Heimgartner. Sollte es nicht mehr Personensicherheitsprüfungen geben, wenn die Fachstelle Zugriff auf mehr Daten hat?	Der Bundesrat schreibt als Antwort auf meine Frage 26.7035, dass die Fachstelle PSP inzwischen auf viel mehr Daten zurückgreifen kann. - Bedeutet das nicht, dass eine PSP viel speditiver und effizienter durchgeführt werden kann? - Sollten dann als Konsequenz nicht die Prüfungen ausgeweitet werden? Welche Gründe, ausser der Spardruck auf die Bundesfinanzen sprechen dagegen?
26.7209	DE FR IT	Fra. Götte. Wie ist die Personalsituation bei Berufsmilitärs?	- Wie hoch ist der Sollbestand an Berufsmilitärs, aufgeschlüsselt nach Kategorien und wie sieht der Ist-Zustand im Vergleich aus? - Wie viele Positionen, bspw. in der Verwaltung des VBS werden von Zivilisten besetzt, die eigentlich von Berufsmilitärs besetzt werden sollten?
26.7215	DE FR IT	Fra. Molina. Aktivitäten der iranischen Revolutionsgarde in der Schweiz	Die iranische Revolutionsgarde wird für schwerste Menschenrechtsverletzungen verantwortlich gemacht. Die EU hat deshalb Sanktionen erlassen und sie Anfang 2026 auf ihre Terrorliste gesetzt. - Sind die Revolutionsgarde oder mit ihr verbundene Personen in der Schweiz aktiv oder werden sie von hier aus finanziell oder organisatorisch unterstützt? - Welche EU-Massnahmen hat die Schweiz bisher nicht übernommen? - Was wird gegen transnationale Repression durch die Revolutionsgarde unternommen?

26.7236	DE FR IT	Fra. De Ventura. Abbruchrisiko NDP und RLE@NDP	In der Medienmitteilung vom 6. März 2026 hält der Bundesrat fest, dass das Projekt RLE@NDP zur Erneuerung zentraler Komponenten des Luftraumüberwachungssystems Florako in einer entscheidenden Phase und alle bis Ende 2026 vorgesehenen Arbeiten auf dem kritischen Pfad befänden. Weiter führ er aus, dass die parallele Entwicklung von NDP und RLE@NDP ein risikobehafteter Entscheid gewesen sei. Wird ein Abbruch des Projekts RLE@NDP einerseits und NDP andererseits geprüft?
26.7243	DE FR IT	Fra. Heimgartner. Wie ist die Situation bezüglich Sicherheitsprüfungen am Flugplatz Meiringen?	- Wie viele Soldaten vom Flugplatzkommando 13 die gerade im WK in Meiringen sind, verfügen aktuell über keine gültige Personensicherheitsprüfung? - Stimmt es, dass über 100 Soldaten keine gültige PSP haben? - Wie viele dieser Soldaten haben einen Waiver erhalten?
26.7245	DE FR IT	Fra. Heimgartner. Was sind die Vorgaben zu Sicherheitsprüfungen für Kommandanten?	- Nach welchen Kriterien darf ein Kommandant seinen Soldaten einen Waiver ausstellen? - Welche Weisung/Instruktion hat das SEPOS hierzu den Kommandanten erteilt?
26.7265	DE FR IT	Fra. Huber. Zustand der motorisierten Armeefahrzeuge	Der Zustand der Armeefahrzeuge welche in den Logistikcenter stehen ist zur Zeit sehr desolat. Ca 40 % aller Fahrzeuge sind nur unter Vorbehalt verkehrstauglich. Ein Grossteil dieser Fahrzeuge fallen unter die Gruppe, welche mehr als 9 Stunden Reparaturzeit benötigen um fahrfähig zu sein. 1. Hat der Bundesrat vom Zustand der Armeefahrzeuge Kenntnis? 2. Wenn ja, welche Massnahmen werden ergriffen, um dies zu verbessern? 3. Hat die Armee zu viele Fahrzeuge, um einen solchen Zustand zu tolerieren?
26.7274	DE FR IT	Fra. Andrey. Ausserordentlich hohe Anzahlungen für Rüstungsbeschaffungen?	- Wie hoch ist der prozentuale Anteil der geleisteten Anzahlungen an den aktuell offenen Rüstungsbeschaffungen im Verhältnis zum gesamten Vertragsvolumen dieser Käufe? - Wie hat sich dieser Anteil im Vergleich zu den Beschaffungen in den Jahren vor dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine im Jahr 2022 verändert?

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

26.7172	DE FR IT	Fra. Graber. Ausländische (Medizin-)Studenten	An Schweizer Universitäten gibt es immer mehr ausländische Studentinnen und Studenten. Wie genau ist das tatsächliche Verhältnis zwischen Schweizer und ausländischen Studierenden, insbesondere im Medizinstudium?
26.7183	DE FR IT	Fra. Alijaj. SECO-IT-Panne: Wer entschädigt die Betroffenen für verspätete Auszahlungen?	Durch die IT-Panne beim Systemwechsel des SECO kam es zu Verzögerungen bei den Auszahlungen - für Betroffene teilweise mit gravierenden Folgen. Betroffene berichten, dass erklärende Worte und auch Verzugszinsen ausgeblieben sind. Weshalb entrichtet die Sozialversicherung bei einer mehrwöchigen Verspätung keine Verzugszinsen, zumal Menschen mit wenig Ersparnissen oder geringer finanzieller Flexibilität bei der Begleichung ihrer Rechnungen teilweise mit Mahngebühren konfrontiert waren?

26.7192	DE FR IT	Fra. Gaillard Benoît. Missbräuchlichen Benzinpreisen in Zeiten steigender Erdölpreise vorbeugen	In der Schweiz wird von einer massiven Benzinpreis- steigerung ausgegangen. Es besteht das Risiko missbräuchlicher Preiserhöhungen seitens der Tank- stellenbetreiber, indem sie die Situation ausnützen und ihre Margen deutlich erhöhen. Dieses Risiko ist durch zahlreiche Untersuchungen belegt. In unseren Nachbarländern, z. B. in Frankreich und in Deutsch- land, planen die Behörden Massnahmen, um solche missbräuchlichen Preiserhöhungen zu verhindern. - Wie gedenkt der Bundesrat die Konsumentinnen und Konsumenten in der Schweiz davor zu bewah- ren, für exzessive Profite der Zwischenhändler be- zahlen zu müssen? - Plant er, vermehrt Kontrollen durchzuführen?
26.7194	DE FR IT	Fra. Fridez. Die Strasse von Hormus langfris- tig unpassierbar. Was wären die Folgen für die Schweiz?	Nach dem Feuerregen über dem Iran gab Donald Trump in beruhigender und selbstgefälliger Manier das baldige Ende der Kämpfe bekannt. Die Ankündi- gung der iranischen Regierung, in der Strasse von Hormus Minen zu verlegen, deutet jedoch darauf hin, dass die Meerenge noch viele Wochen oder sogar länger unpassierbar bleiben könnte. Die Folge: ein – bereits spürbarer – Anstieg der Erdölpreise. Wie beurteilt der Bundesrat die Lage hinsichtlich der Erdölversorgung unseres Landes?
26.7197	DE FR IT	Fra. Baumann. Führt der Nebenerwerbskurs ef- fektiv zu weniger Nachhaltigkeit und Einkommen?	Voraussetzung für Direktzahlungen soll künftig min- destens ein EFZ im Berufsfeld Landwirtschaft oder ein Fachausweis als Bäuerin/Bäuerlicher Haushalts- leiter sein. Begründet wird dies damit, dass eine gute Ausbildung zu mehr Nachhaltigkeit und Einkommen führt. Auf welche Daten stützt sich der Bundesrat bei dieser Aussage? - Wie sieht die Situation beim Nebenerwerbskurs aus? - Führt dieser effektiv zu weniger Nachhaltigkeit und Einkommen als andere landwirtschaftliche Ausbil- dungen?
26.7200	DE FR IT	Fra. Clivaz Christophe. Die Schweiz finanziert in ein und demselben Land gleichzeitig Projekte zur Reduzierung der CO2-Emissionen und Projekte mit hohem CO2-Ausstoss. Wo bleibt da die Kohärenz?	Die Schweiz finanziert im Rahmen ihres bilateralen Abkommens mit Senegal Projekte in Senegal zur Re- duzierung der CO2-Emissionen, um ihre Klimaziele zu erreichen. Gleichzeitig steht die Schweizerische Exportrisikoversicherung kurz davor, ihre Unterstüt- zung für ein 250-MW-Gaskraftwerk in Senegal zuzu- sagen, das gemäss Umwelt- und Sozialverträglich- keitsprüfung über eine Lebensdauer von 30 Jahren jährlich 700 000 Tonnen CO2-Äquivalente ausstos- sen wird. Wo bleibt da die Kohärenz?
26.7224	DE FR IT	Fra. Nicolet. Schweizer Weinwirtschaft in der Krise. Warum werden die einkel- lernenden Winzerinnen und Winzer bei der Wahl einer mittelfristig guten Lösung ausgeschlossen?	Der Bundesrat hat auf die Fragen 26.7006 und 26.7102 geantwortet, dass demnächst ein Vorschlag unterbreitet werde. Dieser dürfte vorsehen, dass bei der Zuteilung der Weineinfuhrrechte die Inlandlei- stung nach Artikel 22 LwG als Kriterium beigezogen wird. Es gibt Stimmen, die sagen, dass eine solche Lö- sung zu einer Ungleichbehandlung der Akteure der Branche führen würde und dass den selbsteinkellern- den Winzerinnen und Winzern ein Wettbewerbsnach- teil erwachsen könnte. Wurde zu dieser Frage ein Rechtsgutachten in Auf- trag gegeben?

26.7225	DE FR IT	Fra. Nicolet. Krise der Schweizer Weinwirtschaft. Welche Berechnungsgrundlage für die Zuteilung der Einfuhrrechte?	Alle Akteure der Weinbranche müssen sich einer schweizweit vereinheitlichten und von der SWK durchgeführten Weinhandelskontrolle unterziehen, mit der die Rückverfolgbarkeit aller Weinhandelsprodukte überprüft wird. - Welche Varianten werden im Vorschlag des Bundesrates als Berechnungsgrundlage für die Zuteilung der Einfuhrrechte berücksichtigt? - Inwiefern können die Daten der SWK für all diese Varianten beigezogen werden ?
26.7226	DE FR IT	Fra. Nicolet. Schweizer Weinwirtschaft in der Krise. Wie können die Lagerbestände schnell abgebaut werden?	- Kann der Bundesrat bestätigen, dass noch rund 50 Millionen Liter Wein in den Kellern lagern? - Mit welchen Massnahmen könnte der Bundesrat die Weinbaubranche unterstützen, damit ein Teil der Lagerbestände für die Industrie verwendet werden kann?
26.7227	DE FR IT	Fra. Nicolet. Schweizer Weinwirtschaft in der Krise. Ist die Rodung die richtige Massnahme?	Die vom Bundesrat vorgeschlagene freiwillige Rodung von Reben setzt bei der Inlandproduktion an, obwohl diese nur einen Drittel des Konsums in der Schweiz abdeckt. Zudem werden damit die vollen Lagerbestände mit Wein aus den Ernten 2025 und 2024 nicht abgebaut. Sollten die Flächen nicht beibehalten werden, solange die Massnahmen nach Artikel 22 LwG noch nicht ergriffen wurden?
26.7229	DE FR IT	Fra. Sormanni. Rasanter Anstieg der Treibstoffpreise und Spekulationsrisiken	- Verfügt der Bundesrat über Analysen zu den von Importeuren, Händlern und Tankstellen erzielten Margen? - Gibt es Hinweise auf Spekulationsgeschäfte oder überhöhte Margen im Treibstoffhandel? - Welche Instrumente zur Ahndung möglicher Missbräuche bei den Treibstoffpreisen gibt es? - Plant der Bundesrat Massnahmen zur Erhöhung der Transparenz bei der Preisbildung von Treibstoffen, um die Konsumentinnen und Konsumenten zu schützen?
26.7240	DE FR IT	Fra. Molina. Krieg im Nahen Osten (III)	- Ist der Bundesrat inzwischen zum Schluss gekommen, dass sich die USA und Israel gemäss Art. 22a Abs. 2 Bst. a KMG in einem «internationalen bewaffneten Konflikt» befinden? - Wurde für Kriegsmaterial, dessen Ausfuhr in die betroffenen Länder bereits bewilligt wurde, eine Rücknahme und/oder Aussetzung der entsprechenden Bewilligungen verfügt? - Wird die Ausfuhr von Gütern gemäss GKG, insbesondere von besonderen militärischen Gütern, weiterhin bewilligt?
26.7251	DE FR IT	Fra. Baumann. Krebserkrankungen und Schäden des Nervensystems kommen in der Landwirtschaft häufiger vor als bei anderen Berufsgruppen – wo ist die Studie des Bundesrates?	Auf meine Frage 26.7091 schreibt der Bundesrat: Im Rahmen des Aktionsplans seien die Auswirkungen von Pflanzenschutzmitteln auf die Gesundheit von Landwirt:innen untersucht worden. Die Studie liefere «Hinweise, dass gewisse Krebserkrankungen und Schäden des Nervensystems, wie z.B. Morbus Parkinson, in der Landwirtschaft im Vergleich zu anderen Berufsgruppen häufiger vorkommen.» Um welche Erkrankungen und Schäden geht es, wie viel häufiger kommen sie vor und wo ist die Studie zu finden?

26.7264	DE FR IT	Fra. Hübscher. Importe von Frischmilchprodukten	Die Schweiz kennt bei Milchprodukten der "Gelben Linie" (Käse) keinen Grenzschutz gegenüber der EU. Bei der weissen Linie sind mit Ausnahme des Veredelungsverkehrs und ausserhalb der Zollkontingente Zölle zu entrichten. Wie weit wären Zollerhöhungen innerhalb der WTO Bestimmungen möglich für Milch, Frischmilchprodukte, Rahm, Dauermilchwaren, Molke und Butter?
26.7272	DE FR IT	Fra. Chollet. Waffenexporte nach Ungarn: Welche Gefahr besteht für die Grundrechte?	Gemäss Statistiken des SECO sind die Schweizer Kriegsmaterialexporte nach Ungarn im Jahr 2025 stark angestiegen. - Wie erklärt sich der Bundesrat diese äusserst starke Zunahme? - Haben der Bundesrat und das SECO dabei beachtet, dass dieses Material angesichts der zunehmenden Einschränkungen der Freiheiten und der Rechtsstaatlichkeit in Ungarn zur Unterdrückung der ungarischen Bevölkerung eingesetzt werden könnte?
26.7277	DE FR IT	Fra. Trede. Situation im Iran - Sanktionen	Wie bewertet der Bundesrat die Gefahr, dass die Schweiz ohne vergleichbare Massnahmen zu einem Ausweichstandort für wirtschaftliche Aktivitäten von sanktionierten Akteuren werden könnte?
26.7279	DE FR IT	Fra. Gugger. Ist der Bundesrat bereit, eine kohärente Finanzierungspolitik einzuführen und so das Bundesbudget zu entlasten?	Auf meine Frage 26.7072 schreibt der Bundesrat, er sehe hinsichtlich Fördermassnahmen bei Anbau bzw. Absatz von Tabak, Alkohol und zuckerhaltigen Produkten keine Änderung vor. Während der Anbau von Tabak aber via Abgabe auf Zigaretten finanziert wird und das Bundesbudget nicht belastet, werden Zuckerrübenanbau und Absatzförderung von Wein mit Steuergeldern finanziert. - Ist der Bundesrat bereit, eine kohärente Finanzierungspolitik einzuführen und so das Bundesbudget zu entlasten? - Wenn nein, warum?
26.7285	DE FR IT	Fra. Chollet. Von der amerikanischen Behörde ICE eingesetzte Waffentechnologie von B&T	Mehreren Medienberichten zufolge werden vielseitig einsetzbare Werfer der Schweizer Firma B&T in Thun von der amerikanischen Behörde United States Immigration and Customs Enforcement (ICE) bei Einsätzen gegen Migrantinnen und Migranten sowie gegen Demonstrierende eingesetzt, bei denen mehrere Menschen getötet worden sein sollen. - Diese Waffen werden von einer amerikanischen Tochtergesellschaft von B&T hergestellt. Warum ist das SECO der Ansicht, dass für den Export der dieser Waffe zugrundeliegenden Technologie keine Bewilligung erforderlich ist? - Beabsichtigt der Bundesrat, diese Praktik zu überdenken?
26.7286	DE FR IT	Fra. Berli Rudi. Wie stark sind wir von Energieimporten aus dem Nahen Osten abhängig?	Die Lage im Nahen Osten hat sich nach dem israelischen und amerikanischen Angriff auf den Iran verschärft. Die Schweiz ist stark von fossilen Energien abhängig. Deshalb müssen wir die Sicherheit unserer Energieversorgung hinterfragen. Wie hoch ist der Anteil und woher stammen die Energieträger wie Rohöl, Erdgas oder andere fossile Ressourcen, welche die Schweiz aus den verschiedenen Ländern des Nahen und Mittleren Ostens importiert?

26.7291	DE FR IT	Fra. Roduit. Welche Strategie für Landwirtinnen und Landwirte, die durch Schädlinge und Pflanzenkrankheiten unter Druck stehen?	Der Druck auf den Agrarsektor, der sich bereits in einer schweren Krise befindet, nimmt durch Pflanzenkrankheiten und Schädlinge zu. Angesichts der Ausbreitung der Goldgelben Vergilbung, des Feuerbrands, des Japankäfers, der Asiatischen Hornisse und anderer Schädlinge herrscht grosse Unsicherheit. Trotz der von den Kantonen eingesetzten Ressourcen fehlen die Mittel zur Bekämpfung von Pflanzenkrankheiten und Schädlingen, und es ist schwierig, die Situation an einem Zeithorizont von einem oder fünf Jahren einzuschätzen. Welche Strategie gedenkt der Bund zu verfolgen?
---------	--	--	--

Departement für auswärtige Angelegenheiten

26.7164	DE FR IT	Fra. Alijaj. Gleichrangige Präsentation der Schweizer Flagge am „Board of Peace“-Anlass	Anlässlich einer Veranstaltung des „Board of Peace“ wurde die Schweizer Flagge gemeinsam mit den Flaggen der Mitgliedstaaten gleichrangig präsentiert. Ich bitte den Bundesrat um Beantwortung folgender Fragen: - Wie erklärt er diese Platzierung? - In welcher Funktion war die Schweiz vertreten? - Hatte er vorgängig Kenntnis von der Verwendung der Schweizer Flagge und wurde dieser Darstellung zugestimmt?
26.7169	DE FR IT	Fra. Crottaz. Rückholung von Schweizerinnen und Schweizern aus dem Nahen Osten	Die militärische Eskalation im Nahen Osten hat zur abrupten Schliessung des Luftraums mehrerer Länder geführt. Über 5000 Schweizer Staatsangehörige sitzen fest. Im Gegensatz zu vielen Nachbarländern leistet die Schweiz nur minimale Unterstützung. - Ist es vertretbar, dass die Schweiz in Sachen Rückholung, Landtransport und konsularische Hilfe weniger unternimmt als ihre Nachbarländer? - Braucht es angesichts der Ereignisse nicht eine Anpassung der Rechtsgrundlagen?
26.7171	DE FR IT	Fra. Gaillard Benoît. Abrupte Schliessung von Lufträumen und Folgen für Familien auf der Durchreise	Mehrere Länder, deren Luftraum aufgrund des bewaffneten Konflikts im Nahen Osten abrupt geschlossen wurde, sind Drehkreuze des Luftverkehrs und manchmal die einzige Verbindung zu anderen Ländern, insbesondere in Asien. Viele der gestrandeten Personen befanden sich also auf der Durchreise. Ist es angemessen, die Verantwortung auf gestrandete Durchreisende abzuwälzen, die sich unfreiwillig für ein vermeintlich riskantes Reiseziel entschieden haben?
26.7203	DE FR IT	Fra. Bendahan. Sollte das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) nicht Anstrengungen unternehmen, um Schweizerinnen und Schweizer aus Regionen zu repatriieren, die plötzlich von einer Krise betroffen sind?	Tausende Schweizerinnen und Schweizer stecken aufgrund der Schliessung des Luftraums im Nahen Osten fest. Das EDA verweist auf die «Eigenverantwortung» der Reisenden, die auf ihren Aufenthalt – oder ihre Durchreise – in einer Region mit «hohem Eskalationsrisiko» hätten verzichten sollen. Eine ganze Region wurde plötzlich abgeriegelt. Sollte man diese Ausnahmesituation nicht vielmehr anerkennen und die betroffenen Schweizer Staatsangehörigen so rasch wie möglich repatriieren.

26.7261	DE FR IT	Fra. Farinelli. Krisensituationen: Praxis für die Rückkehr von Schweizer Staatsangehörigen	Der jüngste Konflikt im Iran und seine Auswirkungen auf die umliegende Region haben gezeigt, dass zwischen den Staaten bei der Organisation der Logistik für die Rückführungen Unterschiede bestehen. Zwar ist grundsätzlich jede Person für sich selbst verantwortlich und muss die entsprechenden Kosten übernehmen. Aber wäre es nicht angebracht, Überlegungen zur Organisation der Logistik anzustellen? Denn es steht ausser Zweifel, dass es für eine Gruppe von Privatpersonen beispielsweise unmöglich ist, Sonderflüge für die Rückführung zu organisieren.
26.7205	DE FR IT	Fra. Büchel Roland. Wer täuscht die Öffentlichkeit? Ist es die in den sozialen Medien antisemitisch hetzende Berner Stadträtin oder der Bundesrat?	Ein Bericht vom 10. März 2026 zeigt: Die Zahl der antisemitischen Vorfälle nimmt online stark zu. Am 9. März hatte der Bundesrat auf die Frage Büchel (26.7082) geantwortet, dass die Online-Hetzerin Judith Schenk seit 14 Monaten nicht mehr im EDA arbeite. Die Berner Stadträtin gibt in den Interessenbindungen als «berufliche Tätigkeiten» an: «DEZA, Stabsmitarbeitende (Anstellung; eigenes Unternehmen)». Erhält die genannte Person (z.B. als «Beraterin») direkt oder indirekt noch Geld vom EDA?
26.7207	DE FR IT	Fra. Arslan. Internationale Aufarbeitung von Menschenrechtsverletzungen im Iran	Die Schweiz unterstützt im UN-Menschenrechtsrat internationale Untersuchungsmechanismen, fördert die Dokumentation von Beweisen, arbeitet mit NGOs zusammen und fordert unabhängige Untersuchungen, um Straflosigkeit zu bekämpfen. Wie setzt sich die Schweiz international dafür ein, dass Menschenrechtsverletzungen im Iran untersucht und dokumentiert werden und Verantwortliche für Kernverbrechen des Völkerstrafrechts vor dem Internationalen Strafgerichtshof zur Rechenschaft gezogen werden können?
26.7237	DE FR IT	Fra. Seiler Graf. Massnahmen gegen Internetabschaltungen	Welche konkreten diplomatischen, politischen oder technischen Massnahmen prüft oder ergreift der Bundesrat, um sich international gegen Internetabschaltungen einzusetzen und den Zugang der iranischen Bevölkerung zu freien und sicheren Kommunikationsmitteln zu unterstützen?
26.7247	DE FR IT	Fra. Friedl Claudia. Iran: Unterstützung der Zivilbevölkerung	- Inwiefern sieht der Bundesrat in den EU-Massnahmen ein Instrument zur Unterstützung der iranischen Zivilbevölkerung, insbesondere angesichts der Rolle der Revolutionsgarde bei der Unterdrückung von Protesten? - Wie kann die Schweiz Organisationen unterstützen, die sich für Demokratie, Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit im Iran einsetzen? - Welche konkreten Schritte unternimmt die Schweiz, um gegenüber den iranischen Behörden die Einhaltung der Menschenrechte und der Meinungsfreiheit einzufordern?
26.7254	DE FR IT	Fra. Brizzi. Aktuelle Menschenrechtslage im Iran	Wie beurteilt der Bundesrat die aktuelle Menschenrechtslage im Iran, insbesondere im Zusammenhang mit der gewaltsamen Unterdrückung von Protesten und Hinrichtungen von Demonstrierenden?

26.7273	DE FR IT	Fra. Arslan. Zugang zu Gefängnissen und Schutz von Menschenrechtsverteidigerinnen im Iran	Der Iran hat frühere Konflikte, etwa den 12-Tage-Krieg, genutzt, um zahlreiche Hinrichtungen zu vollstrecken. - Hat die Schweiz derzeit Zugang zu iranischen Gefängnissen? - Was unternimmt sie, um solchen Zugang zu erhalten und eine mögliche Hinrichtungswelle zu verhindern? - Wann wird die Schweiz zudem öffentlich die Freilassung inhaftierter Menschenrechtsverteidigerinnen fordern, deren Engagement für eine demokratische Zukunft des Iran von zentraler Bedeutung ist und sich für deren Schutz einsetzen?
26.7282	DE FR IT	Fra. Fehlmann Rielle. Welche Rolle spielt der Menschenrechtsdialog zwischen der Schweiz und dem Iran, und welche Ergebnisse wurden bisher erzielt?	– Welche konkreten Massnahmen hat der Bundesrat seit der Annahme der Motion 22.4278 zur Unterstützung der iranischen Zivilgesellschaft ergriffen? – Welche Programme wurden seit 2022 finanziell unterstützt, um die Frauen- und Menschenrechte und die Zivilgesellschaft im Iran zu stärken? – Wie beurteilt der Bundesrat die Wirksamkeit dieser Massnahmen? – Welche anderen Massnahmen sieht der Bundesrat angesichts der katastrophalen Menschenrechtssituation im Iran vor?
26.7208	DE FR IT	Fra. Chollet. Humanitäre Situation im Iran: Welche humanitäre Hilfe leistet die Schweiz?	Welche humanitäre Hilfe leistet die Schweiz im Iran angesichts der blutigen Unterdrückung der Bevölkerung durch das iranische Regime Anfang 2026, angesichts der Unterdrückung der kurdischen Bevölkerung im Land und angesichts des von den USA und Israel begonnenen Kriegs? - Wie sieht diese allfällige humanitäre Präsenz aus? - Falls sich die Schweiz auf humanitärer Ebene noch nicht engagiert: Beabsichtigt sie, dies angesichts dieser schweren humanitären Krise zu tun, und mit welchen Mitteln?
26.7213	DE FR IT	Fra. Molina. Willkürliche Verleihung von Botschafter-/Botschafterinnentitel durch den Bundesrat	- Gestützt auf welche Rechtsgrundlagen und Kriterien verleiht der Bundesrat Botschafter-/Botschafterinnentitel, und nach welchen Anforderungen entscheidet das EDA über die Versetzung versetzungspflichtiger Angestellter? - In welchen Fällen wird vom ordentlichen Verfahren abgewichen? - Wie wird dabei Willkür verhindert? - Wie viele versetzungspflichtige Angestellte haben das EDA seit 2023 verlassen?
26.7214	DE FR IT	Fra. Molina. Institutionelle Zusammenarbeit des EDA mit dem WEF	2020 schloss das EDA mit dem Weltwirtschaftsforum (WEF) eine auf vier Jahre befristete Kooperationsvereinbarung ab. - Wurde dieses Abkommen extern evaluiert? Falls ja, mit welchem Ergebnis? Falls nein, weshalb nicht? - Wurde diese Vereinbarung seither erneuert? - Teilt der Bundesrat die Meinung, dass die Kooperationsvereinbarung von 2020 nicht im Interesse einer kohärenten Schweizer Aussenpolitik war? - Wie haben sich die Gouvernanz-Probleme des WEF auf diesen Entscheid ausgewirkt?

26.7232	DE FR IT	Fra. Molina. Wo bleibt die MENA-Strategie 2025-2028?	Die MENA-Strategie des EDA für 2025-2028 ist noch nicht publiziert. - Bis wann wird die neue MENA-Strategie vorliegen? - Werden zivilgesellschaftliche Organisationen und Partner in Israel und Palästina, die in der vorherigen Strategieperiode 2021-24 unterstützt worden sind, vorläufig weiterhin unterstützt, bis die neue Strategie vorgestellt und in Kraft treten wird?
26.7235	DE FR IT	Fra. Chollet. Humanitäre Situation im Libanon: Welche humanitäre Hilfe leistet die Schweiz?	Seit Ausbruch des Kriegs der USA und Israels gegen den Iran hat sich der Konflikt auf den Libanon ausgeweitet. Laut der UNO wurden bereits fast 700 000 Personen zur Flucht gezwungen sowie Hunderte von Personen getötet und verletzt. - Wie ist angesichts dieser katastrophalen Lage, die sich voraussichtlich noch verschlimmern wird, die humanitäre Präsenz der Schweiz in der Region? - Wie sieht diese humanitäre Hilfe konkret aus? - Falls die Schweiz Hilfe leistet: Beabsichtigt sie, ihre Unterstützung rasch auszubauen?
26.7246	DE FR IT	Fra. Jost. Aktuelle Bedeutung des Schutzmandats im Iran	1. In welchem Umfang wird der Kommunikationskanal über die Schweiz durch Iran und die USA aktuell genutzt? 2. Welche konkreten Möglichkeiten und Grenzen hat die Schweiz als Schutzmacht, wenn es darum geht, die Situation der iranischen Zivilbevölkerung zu verbessern? Oder hat der Bundesrat Hinweise darauf, dass das Mandat zur Deeskalation zwischen den Parteien beiträgt? 3. Inwiefern trägt das Schutzmandat dazu bei, Kommunikationskanäle offen zu halten, die für humanitäre Anliegen genutzt werden können?
26.7255	DE FR IT	Fra. Trede. Schweizer Unterstützung der humanitären Hilfe in den palästinensischen Gebieten	37 internationale humanitäre NGOs, die im Gaza-Streifen tätig sind, müssen aufgrund neuer Beschränkungen der israelischen Behörden möglicherweise ihre Aktivitäten einstellen. Darunter befinden sich drei Schweizer NGOs. Die Schweiz hat u.a. am 30. Dezember 2025 betont, dass die Einschränkungen der Handlungsfähigkeit dieser NGOs «inakzeptabel» sind. Mit welchen zusätzlichen Mittel setzt sich der Bundesrat dafür ein, dass diese Organisationen ihre wichtige humanitäre Arbeit fortsetzen können?
26.7266	DE FR IT	Fra. Schläpfer Therese. Die Schweiz muss die Oslo Abkommen respektieren	Die Schweiz hat die Oslo-Abkommen zu respektieren (Zonen A, B, C). Es lag keine Bewilligung seitens Israel vor. Wenn überhaupt ein Gesuch vorlag, darf Stillschweigen der israelischen Behörde nicht als Zustimmung ausgelegt werden, um illegale, Oslo und Völkerrecht verletzende Aktivitäten zu rechtfertigen. - Warum das fragwürdige Verhalten der Schweiz laut Antwort des Bundesrats zur Frage 25.7899 von Zuberbühler? - Weshalb goutiert der BR die illegale von der DEZA finanzierte Anlage in der Zone C ?
26.7284	DE FR IT	Fra. Mahaim. Krieg im Iran und Völkerrecht: Könnte die Schweiz den Internationalen Gerichtshof anrufen?	Der Bundesrat hat zu Recht anerkannt, dass die Aggression der USA und Israels gegen das Völkerrecht verstösst. Will der Bundesrat bei den Vereinten Nationen erreichen, dass der Internationale Gerichtshof ein Rechtsgutachten erstellt, oder einen Antrag eines anderen Staates unterstützen?

26.7288	DE FR IT	Fra. Mahaim. Krieg im Iran und Völkerrecht: Könnte die Schweiz den Internationalen Strafgerichtshof anrufen?	Sollte der Iran die Gerichtsbarkeit des Internationalen Strafgerichtshofs (IStGH) für die Untersuchung möglicher Verbrechen anerkennen (Art. 12 Abs. 3 des Römer Statuts), die seit Beginn der Angriffe der USA und Israels auf seinem Hoheitsgebiet begangen werden, so wie die Ukraine und Palästina nach den gegen sie gerichteten Angriffen: Wäre die Schweiz bereit, die Situation zur Untersuchung an den IStGH zu übermitteln (oder die Staaten zu unterstützen, die dies tun würden), so wie sie es bei den Verbrechen in der Ukraine getan hat (siehe Ip 22.3107)?
26.7289	DE FR IT	Fra. Mahaim. Territoriale Integrität Kubas und die Position der Schweiz	Der US-Präsident hat kürzlich beunruhigende Äusserungen zu Kuba gemacht und dessen territoriale Integrität bedroht. Verurteilt der Bundesrat diese Äusserungen und jegliche Drohungen gegen die territoriale Integrität eines Staates?
26.7292	DE FR IT	Fra. Arslan. Humanitäre Versorgung und strukturelle Unterstützung für Kuba	Angesichts der sich zuspitzenden Versorgungs- und Energiekrise in Kuba warnen Hilfsorganisationen vor einer möglichen humanitären Katastrophe in naher Zukunft. Neben kurzfristiger Nothilfe braucht es auch Unterstützung zur Stabilisierung grundlegender Versorgungsstrukturen, etwa bei Energie, Transport, Medizin oder Landwirtschaft. Welche konkreten humanitären oder diplomatischen Möglichkeiten sieht der Bundesrat, damit die Schweiz zur Stabilisierung der Versorgung der Bevölkerung beitragen kann?
26.7297	DE FR IT	Fra. Aeschi. Kommunikationskonzept Paket Schweiz-EU (26.023)	Am Freitag, 13. März 2026 hat der Bundesrat die Vorlage 26.023s Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz–EU (EU-Unterwerfungsvertrag) z.H. des Parlaments verabschiedet. Bereits am Freitag, 5. Dezember 2025 hat der Bundesrat zu dieser Vorlage ein Kommunikationskonzept beschlossen. Ist der Bundesrat bereit, nun da die Vorlage ans Parlament überwiesen wurde, das diesbezügliche Kommunikationskonzept zu veröffentlichen?

Justiz- und Polizeidepartement

26.7145	DE FR IT	Fra. Blunschy. VÜPF-Revision	Ist es korrekt, dass das beratende Organ gemäss Art. 5 Abs. 3 BÜPF die Neuauflage der VÜPF-Revision begleitet – und falls ja, wie stellt der Bundesrat angesichts der Zusammensetzung dieses Gremiums (8 Personen von Justizbehörden und lediglich ein Vertreter der durch das Gesetz betroffenen Industrie) sicher, dass die überarbeitete Vorlage mehrheitsfähig wird und in der Vernehmlassung nicht erneut auf breite Kritik stösst?
26.7151	DE FR IT	Fra. Feller. Nach den Geldautomaten: Werden die Unternehmen die nächsten Ziele sein?	- Ist der Raubüberfall auf eine Fabrik in Courchavon am 5. März 2026, bei dem die Täter auch zwei neben dem Gebäude geparkte Fahrzeuge in Brand setzten, nach den wiederholten Geldautomat-Sprengungen in der Schweiz ein Zeichen für eine erneute Eskalation der Kriminalität? - Wird der Bund Raubüberfälle auf Unternehmen genauso handhaben wie Sprengungen von Geldautomaten? - Zum Beispiel, indem er eine Expertengruppe einberuft?

26.7157	DE FR IT	Fra. Aeschi. «Strichli-Liste» von alt Nationalrat Toni Brunner, SVP-Parteipräsident 2008-2016. Anfrage Nummer 33 im ersten Quartal 2026	Die Ausschaffungs-Initiative (09.060) wurde am 28. Nov. 2010 angenommen. Seit 1. Jan. 2023 (mehr als zwölf Jahre später!) wird sie teilweise umgesetzt. - Wie viele Landesverweise wurden 2023, 2024 & 2025 ausgesprochenen (Anzahl, nicht in %)? - Wie viele davon sind «vollziehbar» (Anzahl, nicht in %)? - Wie viele Landesverweise wurden tatsächlich vollzogen (Anzahl, nicht in %)? - Wie viele Personen, für die einmal ein Landesverweis ausgesprochen wurde, haben ihren legalen Wohnsitz in der Schweiz?
26.7165	DE FR IT	Fra. Flach. Wegweisungen in die Türkei: Wie wird der Schutz vor politischer Verfolgung gewährleistet?	Angesichts zunehmender Berichte über politisch motivierte Strafverfahren und eine Repressionswelle gegen Oppositionelle in der Türkei – etwa im Umfeld des Verfahrens gegen den ehemaligen Bürgermeister von Istanbul – stellt sich die Frage: Wie stellt der Bundesrat sicher, dass abgewiesene Asylsuchende bei einer Rückführung in die Türkei nicht politischer Verfolgung, willkürlichen Strafverfahren oder menschenrechtswidriger Behandlung ausgesetzt werden?
26.7216	DE FR IT	Fra. Schläfli Nina. Firmenbestatter - immer noch ein ungelöstes Problem?	Nach wie vor geraten sog. Firmenbestatter und Konkursreiter in die Schlagzeilen, weil sie hohe finanzielle Schäden bei Angestellten und weiteren Gläubigern hinterlassen. Um den missbräuchlichen Konkurs zu verhindern, sind vor einiger Zeit neue gesetzliche Bestimmungen in Kraft getreten. - Reichen diese Bestimmungen zur Verhinderung von missbräuchlichem Konkurs tatsächlich aus? - Sieht der Bundesrat weiteren Handlungsbedarf, z.B. in der Prävention oder im Vollzug?
26.7221	DE FR IT	Fra. Schläfli Nina. Nachfrage zur IP 25.4709 zur Umsetzung des NAP gegen Menschenhandel: organisierte Kriminalität	Der Bundesrat verweist in seiner Antwort auf Interpellation 25.4709 zur Umsetzung des NAP gegen Menschenhandel auf die neue nationale Strategie zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität. Wie stehen die beiden Strategien im Verhältnis zueinander und welchen Stellenwert hat der Menschenhandel in der Strategie gegen organisierte Kriminalität?
26.7222	DE FR IT	Fra. Friedl Claudia. Nachfrage zur Antwort auf Ip 25.4709 Umsetzung des NAP gegen Menschenhandel: Opferschutz	Der Bundesrat verweist in seiner Antwort auf Interpellation 25.4709 zur Umsetzung des NAP gegen Menschenhandel (MH) auf die neue nationale Strategie zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität (OK). Deren strategische Ziele sind Erkennen, Verhindern und Bekämpfen von OK – Opferschutz ist kein Ziel. Wie stellt der Bund sicher, dass Opferschutz als einer der 4 Pfeiler (Prävention, Zusammenarbeit, Opferschutz, Strafverfolgung) der Bekämpfung von MH in die Umsetzung der Strategie einbezogen wird?

26.7223	DE FR IT	Fra. Seiler Graf. Nachfrage zur Antwort auf Ip 25.4709	Der Bundesrat nennt in seiner Antwort auf die Interpellation 25.4709 zur Umsetzung des NAP gegen Menschenhandel als Indikatoren für die Evaluation der Aktion 5.1.3 die «Bezeichnung» «spezialisierten Stellen» und die «Institutionalisierung» der Zusammenarbeit. Nach welchen konkreten Kriterien definiert der Bund «spezialisiert», «bezeichnet» und «institutionalisiert» und anhand welcher Kriterien stuft er Kantone in der Evaluation als «erfüllt», «teilweise erfüllt» oder «nicht erfüllt» ein?
26.7230	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. Wie viele Steuerfranken kosten Asylgesuche aus sicheren Herkunfts- ländern?	- Wie viele Asylgesuche sind in den letzten fünf Jahren aus vom Bundesrat als sicher eingestuften Staaten eingereicht worden? - Wie viele davon stammen aus europäischen Staaten? - Wie viele davon stammen aus Nachbarländern? - Wie viele dieser Asylsuchenden liessen sich medizinisch behandeln? - Wie hoch waren die direkten und indirekten Kosten für diese Asylsuchenden (inkl. Gesundheits-, Strafverfolgungs- und Strafvollzugskosten)?
26.7258	DE FR IT	Fra. Farinelli. Rückübernahmeabkommen: Anzahl und Anwendung	Mit wie vielen Staaten bestehen Rückübernahmeabkommen? Gewünscht sind die aktuellen Zahlen zur Anzahl der Staaten, nicht die von 2020 und 2015. Wie viele Personen in absoluten Zahlen wurden (in den Jahren 2023, 2024 und 2025) gestützt auf diese Abkommen rückgeführt?
26.7275	DE FR IT	Fra. Fehr Düsel. Kopftuch-Verbot sollte auch im Parlament gelten	Ein Verbot von Kopftüchern ist ein grosses Thema an den Schulen, welches breite Zustimmung findet. Schliesslich ist es oft auch ein Thema der Unterdrückung der Frauen. Bei uns ist Freiheit ein hohes Gut, und eine Anpassung an unsere Bräuche und Sitten ist wichtig. 1. Wie steht der Bundesrat zu einem Verbot von Kopftüchern bei Parlamentsmitgliedern und Behördenmitgliedern? 2. Wie ist die derzeitige Regelung diesbezüglich im Bundesparlament?
26.7276	DE FR IT	Fra. Gartmann. Wie viele Personen leben aktuell mit Schutzstatus S in der Schweiz, die nicht Ukrainer sind?	- Wie viele Personen leben aktuell mit Schutzstatus S in der Schweiz, die nicht Ukrainer sind (nach Nationalitäten)? - Wie viele Personen leben aktuell mit Schutzstatus S in der Schweiz, die neben der ukrainischen noch eine oder mehrere andere Staatsangehörigkeiten haben? - Wie viele wehrpflichtige Ukrainer leben aktuell mit Schutzstatus S in der Schweiz? Wieso?
26.7283	DE FR IT	Fra. Weichelt. Lex Crans-Montana auch in die aktuell laufende Opferhilfege- setzrevision aufnehmen	Das Opferhilfegesetz ist in Revision (vgl. 25.080), dabei sollen die Hilfsangebote für Opfer von häuslicher und sexueller Gewalt ausgebaut werden. Aktuell ist die RK-N an der Beratung der Teilrevision. Ist der Bundesrat bereit, die Lex Crans-Montana in die aktuell laufende Revision des OHG mit einem Zusatzantrag einzufügen, damit die Solidaritätsbeiträge auch für andere ausserordentlichen Ereignissen (Art. 32 OHG) angewendet werden kann?

26.7294	DE FR IT	Fra. Schmid Pascal. Was kosten uns Personen, die nicht in der Schweiz sein dürfen?	Wie viele Millionen Franken haben die Schweizer Steuerzahlerinnen und Steuerzahler in den letzten drei Jahren bezahlt für Personen, die gar nicht in der Schweiz sein dürften, weil sie kein Aufenthaltsrecht haben (direkte und indirekte Kosten auf allen Staatsebenen inkl. Gesundheits-, Strafverfolgungs- und Strafvollzugskosten)?
---------	--	---	--

Büro

26.7177	DE FR IT	Fra. Riniker. Beratung von Volksinitiativen – Anwesenheit des Bundesrates bei Einzelvoten. Frage an das Büro	Bezugnehmend auf die Antwort des Büros zu meiner Frage 26.7049, wonach Mitglieder des Bundesrates in den letzten vier Jahren über 100 Stunden im Rat anwesend waren, um Einzelvoten zu Volksinitiativen anzuhören: - Wie beurteilt das Büro diese Praxis? - Wäre es denkbar, sie so anzupassen, dass Bundesräte nicht während sämtlicher Einzelvoten anwesend sein müssen? - Welche gesetzlichen Grundlagen wären dafür anzupassen?
---------	--	---	--